

BERND HÜTTNER

Anerkennung, Umverteilung, Gerechtigkeit

Probleme einer postfordistischen Linken

Durch die sich neu konfigurierende Linkspartei ist einiges in Bewegung gekommen. Überzeugte Gewerkschafter plädieren für eine starke außerparlamentarische Linke als Korrektiv gegenüber der Partei¹ und namhafte Altautonome und Bewegungslinke appellieren in einem offenen Brief an das Parteiprojekt.

Oft wird übersehen, dass es zwei unterschiedliche Register gibt, nach denen Linke sprechen und handeln. Sie haben sich historisch gebildet und sind von ursächlicher Bedeutung für die Probleme der Linken (miteinander): Es gibt *soziale Linke* – dies sind die (alten) sozialen Bewegungen, also Arbeiterbewegung, Gewerkschaften, und auch der Staatssozialismus. Sie treten für Gerechtigkeit durch materielle Umverteilung ein, sie sehen die Ökonomie als Zentrum der Gesellschaft an, vorrangiger Akteur zur Herstellung von Gerechtigkeit ist der Staat. Und es gibt die *kulturelle Linke* – dies sind vor allem die so genannten neuen sozialen Bewegungen (feministische und Schwulenbewegung, Bürgerinitiativen, kulturelle und antirassistische Initiativen etc. pp.). Sie fordern zwar auch Umverteilung, betonen aber stärker die Bedeutung von Demokratisierung, sie wollen Gerechtigkeit durch die Anerkennung von Differenzen zwischen den Geschlechtern, zwischen Lebensstilen oder durch die Beendigung von rassistischer Diskriminierung erreichen. Die Akteure zur Herstellung von Gerechtigkeit sind in diesem Denkmodell Staat und Zivilgesellschaft. Durch den Umbau des Sozialstaates zum Instrument autoritärer Disziplinierung und die Globalisierungsdebatten kommen Themen von Arbeit, Reichtum und sozialer Absicherung (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Bildung) wieder vermehrt auf die Tagesordnung der linken Debatten. Viele radikale Linke haben sich in den letzten Jahren mehr mit Kultur, gender oder »ace« beschäftigt und diese in der Regel im Gegensatz und nicht als integralen Bestandteil von heutiger Ökonomie gedacht.

Die Unterscheidung in kulturelle und soziale Linke stammt aus den USA.² Sie ist auf die Verhältnisse hierzulande, wo die soziale Linke gesellschaftlich weit mächtiger und die kulturelle Linke weit weniger akademisiert ist als in den USA, nicht vollständig übertragbar.

In der folgenden Tabelle sind die zwei Register vereinfacht und teilweise zugespitzt dargestellt.

Bernd Hüttner, Jg. 1966, Diplom-Politikwissenschaftler; Hausmann und Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen; Gründer des Archivs der sozialen Bewegungen Bremen, Mitgründer des Internetprojekts www.kritische-geschichte.de, Mitherausgeber von »Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen«, Neu-Ulm 2005 (www.vorwaerts.org). Kontakt: bhuettner@niatu.net.

1 Horst Schmitthenner: Gleiche unter Gleichen, in: Freitag, 2. September 2005.

2 Nancy Fraser: Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des post-industriellen Sozialstaates, Frankfurt a. M. 2001; Dieselbe: Frauen, denkt ökonomisch!, in: taz, 7. April 2005; Helmut Hugler: Die Grammatik der Werte, in: Freitag, 31. Oktober 2003; Richard Rorty: Stolz auf unser Land. Die amerikanische Linke und der Patriotismus, Frankfurt a. M. 1999.

	soziale Linke	kulturelle Linke
zentrale Referenz	Ökonomie	Kultur, Diskurs
weitere Referenz(en)	Arbeit »Rasse«	Existenz, Sexualität,
philosophische Referenz	Moderne	Postmoderne
philosophisches Ziel	Gleichheit,	Differenz, Anerkennung
politische Ziele		
a)	(demokrat.) Sozialismus	soziale/persönliche Befreiung
b)	Soziale Gleichheit Gleichberechtigung	Anerkennung von kulturellen Werten
c)	Eroberung der Macht	Zersetzung der Macht
d)	(Voll-)Beschäftigung	soziale Grundrechte, Existenzsicherung
erreicht durch	(Um)Verteilung	Anerkennung von Gruppen und ihren Unterschieden
Kampf gegen handelnde Akteure prägende gesellschaftliche Formation	Ausbeutung Klasse	Unterdrückung Gruppen, Einzelpersonen
Aktionsform	Fordismus Streik, Wahlen	Postfordismus Aktion, Sabotage, Protest
kollektive Organisationsform	Staat	Bewegung
Handlungsverständnis	(Mit-)Gestaltung	Dissidenz/Ausstieg
Organisationsmodell	zentral, vertikal, linear	dezentral, horizontal, Netzwerk
Politikmodell	Stellvertreterpolitik, Repräsentation	Handeln in erster Person
Politische Verbindung durch persönl.	gemeinsame Weltanschauung	temporäres Interesse an Themen
Organisationsform organisationsinternes Prinzip	Partei	Individuum, Gruppe
Instrumente	Disziplin, Loyalität Gesetze, Geld	Selbstbestimmung Veränderung im Alltag
vorrangiger Gegenstand des politischen Handelns	materielle Ordnung	symbolische Ordnung

Diese zwei unterschiedlichen Register prägen das Denken und Handeln, sie definieren, wie Forderungen gebildet werden, ja wie die Welt interpretiert wird. Das Register der sozialen Linken ist historisch älter, das der kulturellen Linken eines der letzten ungefähr 40 Jahre. Das ist *kein* Ost-West-Problem, es ist auch keines zwischen Linkspartei und WASG, sondern es ist ein Problem unterschiedlicher politischer Biografien und Erfahrungen.³ Während sich zum Beispiel der gewerkschaftslastige Westflügel der Wahlalternative vor allem als Vertretung einer männlichen und deutschen Kernarbeiterschaft versteht, treten andere (soziale und kulturelle) Linke für eine gewerkschaftspolitische Öffnung gegenüber Illegalisierten, Prekären und Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeitern ein.

Die Spaltung und die Probleme zwischen den Linken, die nach diesen beiden Registern sprechen und handeln, treten auch in der

3 Bernd Hüttner: Linke Geschichte – getrennte Geschichte, in: Neues Deutschland, 24. November 2005.

Debatte um das neue Wahlprojekt auf. Das Wahlprojekt (und dabei, soweit ich das beurteilen kann, die WASG noch stärker als die aktuelle Linkspartei.PDS) ist sehr stark vom Umverteilungsregister der sozialen Linken geprägt. Die ist einerseits angesichts der Verarmung etc. gerechtfertigt, greift aber andererseits zu kurz, da dieses Register Fragen der Pluralität verschiedener Lebensstile unterbewertet. Es taugt deshalb nur bedingt zur Mobilisierung jüngerer urbaner Milieus.

Ein Beispiel kann dies illustrieren: Neoliberalismus wird im Umverteilungsregister fast nur als Horror-Programm der Herrschenden angesehen, im Extremfall gibt es die Vorstellung, dass vom Neoliberalismus nur fünf Prozent der Bevölkerung profitieren und der Rest ausgeplündert werde. Dass der Neoliberalismus auch Freiheitsgewinne mit sich bringen kann, wird ausgeblendet.

Im Anerkennungsregister wird Neoliberalismus dagegen als Reaktion auf die durch Anspruchsinflation und Kämpfe von unten verursachte Verwertungskrise verstanden: Die westdeutschen Arbeiterkämpfe vor 35 Jahren und viele alternative Linke wollten und wollen raus aus dem relativ sicheren, aber vorhersehbaren Modell, das der soziale Wohlfahrtsstaat für Wohlverhalten bereithielt: Birth, school, work, death (Geburt, Schule, Arbeit, Tod). An dieser Kritik von Arbeit und Arbeitszwang ist heute festzuhalten, sie ist konstitutiv für eine neue Linke.

Der Regelarbeitsvertrag ist für viele Linke keine Realität mehr, ist für viele auch keine politische Utopie mehr. »Arbeit soll das Land regieren« – so die PDS im Wahlkampf 2002 –: Das ist nicht nur für kulturelle Linke eine Drohung und keine Utopie. Die soziale Linke klammert sich an die Sinnstiftung durch (Lohn-)Arbeit, die kulturelle Linke beschäftigt sich zusehends mit der Forderung nach einer Existenzsicherung oder einem Grundeinkommen.

Damit sind wir mitten in der *Programmatisierung eines neuen Projektes*. Die ist zwar nicht alles, da Papier bekanntlich sehr geduldig ist und die beschlossene Programmlage in ihrer Bedeutung für medial aufbereitete Außenwahrnehmung in der Regel überschätzt wird. Programmatisch ist im Zuge der Neuformierung der Linkspartei (viele noch ungeklärt. Diese Diffusität ist kein Alleinstellungsmerkmal des Parteiprojekts, auch in den sozialen Bewegungen ist vieles ungeklärt. Nur einige Beispiele seien kursorisch erwähnt.

Erstens. Wachstum ist heute kein per se positiver Wert, da dadurch negative ökologische/weltwirtschaftliche Folgen eintreten, bzw. Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen voneinander entkoppelt sind.

Zweitens. Entkopplung von Arbeit und Einkommen: der tendenziell männliche Alleinernährer ist keine emanzipative Utopie, viele Menschen wollen auch gar nicht mehr Vollzeit arbeiten, es müssen Antworten auf die Prekarisierung von oben und jene von unten gefunden werden, etwa durch eine armutsfeste Grundsicherung.

Drittens. Außenpolitik, Antiamerikanismus und Antimilitarismus. Hier besteht das Problem, dass es ja nicht ausreichen kann, eine Stärkung der EU gegenüber den USA, einschließlich der Förderung von politischen Ressentiments gegen den Westen, zu propagieren. Ferner muss diskutiert werden, wie die Linke gegen islamischen Fundamentalismus weltweit und in Deutschland vorgehen will.

den (ökonomische und kulturelle Ungerechtigkeit) miteinander verwoben. Selbst die materiellsten ökonomischen Institutionen haben eine für sie konstitutive, unverminderbar kulturelle Dimension. Sie sind von sprachlichen Bedeutungen und von Normen durchdrungen. Umgekehrt haben selbst die diskursivsten, kulturellen Praktiken eine für sie konstitutive, unverminderbar politisch-ökonomische Dimension. Denn sie werden von materiellen Stützen untermauert. Ökonomische und kulturelle Ungerechtigkeit sind also (...) normalerweise ineinander verzahnt, so dass sie sich auf dialektische Weise verstärken.

Nancy Fraser: Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaates, Frankfurt a. M. 2001, S. 29/30.

Viertens. Globalisierungs- und Kapitalismuskritik sind nicht per se fortschrittlich, es gibt darunter viele antiwestliche und antimodernistische Positionen.

Was tun?

Es gibt immer noch Einzelpersonen, die sich für eine wirklich neue linke Partei interessieren, und wenig organisiertes Eingreifen aus den sozialen Bewegungen. Dies liegt auch daran, dass die Signale für eine Öffnung seitens der Linkspartei.PDS und auch der WASG relativ schwach sind. Das Zusammengehen zur Bundestagswahl 2005 verlief als ein für die Bewegungen und die Linke jenseits der beiden Parteien nicht transparenter Prozess von oben nach unten. Nun ergehen sich die Gliederungen auf lokaler und regionaler Ebene in Scharmützeln, die an niemanden außerhalb vermittelbar sind und auch niemand interessieren. Das bisherige Agieren der Bundestagsfraktion lässt nur bescheidene Signale in Richtung neuer, bunter Politikinhalte und noch wichtiger: eines anderen Politikstils erkennen.

Die Fragen liegen auf dem Tisch: Wie kann ein lokales und regionales Gegengewicht zur Fixierung auf Prominente im speziellen und das institutionelle Übergewicht der Bundestagsfraktion im allgemeinen geschaffen werden? Wie kann programmatische Erweiterung gegenüber dem sozial- und wirtschaftspolitischen Schwerpunkt in der Bundestagsfraktion und der dadurch produzierten Außenwahrnehmung organisiert werden? Wie kann das strukturelle Übergewicht der Techniker der Macht in den Apparaten begrenzt und der Gefahr einer Entmündigung der Partei begegnet werden?

Die neuen sozialen Bewegungen sind stark vom Anerkennungsregister geprägt, sie haben in der Regel keinen gesamtgesellschaftlichen Ansatz. Das Wahlprojekt ist der Versuch, eine gesamtgesellschaftliche, teilbereichsübergreifende programmatische Synthese zu wagen, das macht das Projekt interessant und auch seine Stärke aus. Die kulturelle Linke ist in ihrer Mehrheit ein Projekt der unter 35jährigen, sie verfügt über wenig Wissen und Praxis über widerständiges Verhalten innerhalb von abhängiger und neu-selbstständiger Arbeit – hier kann sie von etlichen sozialen Linken lernen. Die Aktivistinnen und Aktivisten der sozialen Bewegungen sind wahlarithmetisch nicht so relevant, aber die von ihnen aufgeworfenen politischen Fragen, das dort vorhandene Wissen und der angesammelte Erfahrungsschatz sollten ohne Vereinnahmung ernsthaft zur Kenntnis genommen werden.

Dabei ist immer in Rechnung zu stellen: Die Erfahrung mit der Entwicklung der *Grünen* ist – erst recht in den alten Bundesländern – sehr präsent. Viele Linke weigern sich heute, für die Linkspartei einzutreten, weil sie schon einmal von einer Partei tief enttäuscht wurden und diese Erfahrung berechtigterweise nicht nochmal machen wollen. Gleichzeitig ist die Überschätzung der Bedeutung und der Macht von Parlamenten bei linksradikalen Partei- und Parlamentarismuskritikerinnen und -kritikern mitunter weiter verbreitet als bei etlichen Linkspartei-Abgeordneten. Nicht zuletzt herrscht bei den linken Kritikerinnen und Kritikern der Linkspartei der Irrglaube vor, deren Basis sei progressiver als ihre Funktionärinnen und Funktionäre.

Über die Frage, welche Funktion Bewegungen und welche Parteien im beginnenden 21. Jahrhundert haben bzw. wie ihr Verhältnis zuein-

ander gestaltet werden kann, besteht noch großer Diskussionsbedarf,⁴ aber zwei Dinge dürften sich schon jetzt abzeichnen: Soll wirklich ein qualitativ neues Parteiprojekt entstehen, muss es sich programmatisch erweitern und vertiefen, es müsste die Macht seiner eigenen Apparate begrenzen und Verfügungsgewalt über Programmatik und auch Ressourcen an nahestehende Bewegungen abgeben.

Das Verlangen nach ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit ist zwar die wichtigste Motivation der Wählerinnen und Wähler einer neuen Linksformation, es bleibt aber offen, ob dieser Aspekt zur Gestaltung einer dauerhaften, alltagstauglichen politischen Programmatik ausreicht. Die neue Linksformation muss auch die Bereitschaft zur Selbstveränderung mitbringen, sich sozusagen als Partei neu erfinden – wenn sie einmal mehr werden soll, als die endlich neue, wahre Sozialdemokratie.

Es ist noch *offen*, ob derzeit ein solches qualitativ neues linkes Projekt entsteht. Es muss nicht nur eine Verbindung zwischen kultureller Anerkennung und sozialer Gleichheit herstellen, sondern eine Vereinigung dieser beiden Register in Angriff nehmen. Hier kann – und sollte – die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Funktion einer Übersetzerin und Vermittlerin (weiter) wahrnehmen. Eine solche Mittlerfunktion haben auch andere Projekte, wie etwa die Internetplattform *labournet*, die *euromayday*-Initiativen, Gruppen im Schnittpunkt von Migration und Arbeit oder Betriebs- und Gewerkschaftslinks, die sich von ihrer nur auf den Betrieb beschränkten Sichtweise lösen.⁵

Die Herausforderung ist, a) den Dialog zwischen sozialen und kulturellen Linken selbstbewusst zu organisieren, Gemeinsamkeiten zwischen ihnen zu finden, einen neuen Begriff von Gleichheit und Gerechtigkeit zu entwickeln; b) traditionell-linke und gewerkschaftliche Konzepte mit ihrem Produktivismus (mehr Wachstum, mehr Geld) und ihrer gender-politischen Blindheit zu konfrontieren; und c) kulturlinke Konzepte darin zu kritisieren, dass sie die eigene, gesamtgesellschaftlich gesehen doch noch relativ privilegierte Position zum alleinigen Ort der Erkenntnis *und* zum Modell der gesamtgesellschaftlichen Emanzipation machen.

Dies wird auch von einigen Teilen der Bewegungslinken so gesehen: So forderte etwa Robert Misik schon vor einem Jahr sein kulturlinkes Umfeld auf, sich wieder der Gleichheit zu widmen, oder die Halbjahreszeitschrift *fantomas* diskutiert seit vier Jahren über Prekarisierung, Aneignung, Biopolitik und neue Machtdispositive.⁶ Die radikalen Reste der internationalistisch und antiinstitutionell aufgeladenen Frauenbewegung diskutieren, ob hinter dem von Nancy Fraser vorgebrachten Appell »Frauen – denkt ökonomisch« die berechtigte Forderung steht, sich vermehrt der Verteilungspolitik zu widmen, oder ob sich damit die Wiederkehr des Denkens in Haupt- und Nebenwidersprüchen ankündigt.⁷

Einem autoritären Wettbewerbsstaat, der auf Desintegration setzt, kann mit einem auf Exodus setzenden Bewegungsaktivismus nur schwerlich begegnet werden. Die Linke ist dann auf den Stellungskrieg, das Arbeiten in und gegen die Institutionen verwiesen.⁸ Es wäre politisch fatal und außerordentlich entmutigend, wenn sich auch unter den Mitgliedern, dem Umfeld und den Wählerinnen und Wählern einer neuen Linksformation die Haltung durchsetzen würde: »Die Politikerinnen und Politiker tun so, als ob sie die Probleme lösen, und wir tun so, als ob wir es ihnen glauben.«

4 Vgl. z. B. Pedram Shayar, Peter Wahl: *Bewegung in der Bewegung? Erfahrungen und Perspektiven der Globalisierungskritikerinnen*, Hamburg 2005; oder aus stärkerer Parteisicht Mimmo Porcaro: *Vorbedingungen für die Wirksamkeit der Linksparteien in Europa*, in: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): *Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch*, Berlin 2005, S. 60-85. Diskussionen der antiinstitutionellen Linken jetzt z. B. in Rolf Engelke, Thomas Klein, Michael Wilk (Hrsg.): *Soziale Bewegungen im globalisierten Kapitalismus*, Frankfurt a. M. 2005.

5 www.labournet.de,
www.euromayday.tk,
www.euromayday.org.

6 Robert Misik: *Eine harte Lehre für die metropolitane Kulturlinke: Gleichheit, nicht Differenz ist das Gebot der Stunde*, in: *taz*, 3. Mai 2005; *fantomas*, Magazin für linke Debatte und Praxis, Nr. 4, 6 und 8 (www.akweb.de/fantomas).

7 *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, Heft 68, Köln 2006 (im Erscheinen), www.beitraege-redaktion.de.

8 Chantal Mouffe: *Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik*, Wien 2005.